1 Antragsgegenstand:

2 Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion

3 Antragssteller:

4 Dekanat Nürnberg-Nord

Die BDKJ-Dekanatsverbandskonferenz Bamberg II/2011 möge beschließen:

"Die Dekanatsverbände treten 'der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg' beitreten."

11 Begründung:

Eine der Grundlagen der jugendpolitischen Interessenvertretung des BDKJ ist, dass er sich einsetzt für eine menschenwürdige Gesellschaft, die geprägt ist durch Solidarität, Demokratie und Freiheit. Mit dem Beitritt bei der "Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion" kann dieses Anliegen verfolgt werden.

Bund der Deutschen Katholischen Jugend

Dekanat Nürnberg-Nord

Außerdem kann das Netzwerk der Allianz bei auftretenden Problemen unterstützend wirken.

Hintergrund:

In Franken und insbesondere in der Metropolregion Nürnberg sind die NPD und andere rechtsextremistische Vereinigungen besonders aktiv. Beispiele dafür sind die massiven Aufmärsche und Auftritte rechtsextremer Vereinigungen in Wunsiedel, Gräfenberg, Warmensteinach und Nürnberg, sowie eine Steigerung von Flugblattverteilungen. Ziel dieser Aktionen ist die Infiltrierung Jugendlicher und von Existenzängsten betroffener Personengruppen mit rassistischem, verfassungsfeindlichem und neonazistischem Gedankengut.

Jede Kommune in der Metropolregion kann unvermittelt und unvorbereitet von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen sein.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde am 19. März 2009 die "Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion" gegründet. Die Allianz soll Kommunen, zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen vernetzen, um gemeinsam den Rechtsextremisten mit ihrer verfassungsfeindlichen Agitation etwas entgegen zu setzen.

 Der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion geht es deshalb vor allem darum

- möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren,
- die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren,
- Aktionen gegen Rechtsextremismus zu koordinieren,
- bisher noch nicht betroffene Städte und Gemeinden zu sensibilisieren und
- den Austausch von Erfahrungen, Informationen und best-practice-Beispielen zu fördern.

Weitere Informationen unter

49 http://www.nuernberg.de/internet/menschenrechte/allianz gegen rechts.html